

**„Neuer Angriff auf das Kindergeld der Eltern!“
(entnommen aus: InfoBrief Sozialrecht vom Februar
2011 Rechtsanwälte Hoffmann & Greß)
*Bearbeitet und zusammengefasst von Margit Allstädt***

Wie die Sozialämter versuchen, Eltern von Kindern mit Behinderung das Kindergeld weg zu nehmen:

Seit neuem versuchen Sozialämter bisher bezahltes Kindergeld von behinderten erwachsenen Menschen bei der Familienkasse direkt an das Sozialamt abzuzweigen. Seit Beginn des vergangenen Jahres versuchen die Sozialämter verstärkt, das an die Eltern ausbezahlte Kindergeld auf Leistungen der Grundsicherung, die volljährige Menschen mit Behinderung zur Deckung ihres Lebensunterhaltes vom Sozialamt erhalten können, anzurechnen.

Das an die Eltern ausbezahlte Kindergeld zählt nach der höchstrichterlichen Recht-sprechung jedoch eindeutig nicht zum Einkommen des Kindes, sodaß eine Anrechnung nicht ohne weiteres möglich ist.

Aktuell tritt z. B. die Landeshauptstadt an Eltern von volljährigen Kindern mit Behinderung, die Grundsicherung beziehen, heran und droht ihnen mit der sogenannten Abzweigung des Kindergeldes nach § 74 Einkommenssteuergesetz.

Eltern können Aufwendungen für ihr Kind nachweisen, die nicht von der Grundsicherung abgedeckt sind.

Eltern sollten gegenüber den Sozialämtern die entstehenden Aufwendungen aufführen und möglichst genau beziffern. Günstig wäre es auch, entsprechende Nachweise wie Belege, Quittungen etc. für Nachfragen bereit zu halten.

Wenn Eltern berücksichtigungsfähige Aufwendungen in Höhe des Kindergeldes gegenüber dem Sozialamt nachweisen können, ist eine Abzweigung des Kindergeldes durch das Sozialamt nicht zulässig.

Beispiele für berücksichtigungsfähige Aufwendungen sind:

- Fahrkosten z. B. im Rahmen therapeutischer und medizinischer Maßnahmen (sofern nicht von der Krankenkasse übernommen).
- Kosten für ärztliche Maßnahmen und Therapiebehandlungen, Zahnersatz, Medikamente,

- Hilfsmittel wie Sehhilfen und Hörgeräte (sofern nicht von der Krankenkasse übernommen).
- Zusätzlicher Aufwand für Bekleidung für z. B. behinderungsbedingt erforderliche Änderungen
- an der Kleidung, Mehrkosten oder höheren Verschleiß.
- Kosten für notwendige Betreuungs- und Versorgungsleistungen, oder auch Begleitkosten in den Ferien und bei Freizeitunternehmungen, z.B. für Kino -, Konzertbesuche etc, die nicht von der Pflegekasse oder vom Sozialhilfeträger erstattet werden, die aber ausweislich einer amtsärztlichen Bescheinigung unbedingt erforderlich sind.
- Kosten für Ausflüge, Freizeiten etc., die nicht vom Sozialhilfeträger übernommen werden.
- Evtl. Unterhaltsbeitrag der Eltern in Höhe von monatlich € 31,06 nach § 94 Absatz 2 SGB XII für die Kosten von ambulanten Leistungen der Eingliederungsbeihilfe bzw. Hilfe zur Pflege oder in Höhe von monatlich € 54,96 für eine vollstationäre Unterbringung.

Sollten Sozialämter tatsächlich bei der Familienkasse einen Abzweigungsantrag stellen, haben Eltern im übrigen die Möglichkeit, Einspruch/Widerspruch gegen die Abzweigung einzulegen. Zur Begründung des Einspruches können wiederum die vorgenannten Aufwendungen angeführt werden.

Achtung:

Allerdings müssen Eltern beachten, dass sie mit ihren Ausgaben nicht den "allgemeinen" Lebensunterhalt des Kindes mitfinanzieren. In diesem Fall würden nämlich diese Ausgaben der Eltern auf die zur Deckung des "allgemeinen" Lebensunterhaltes ausgezahlte Grundsicherung des Kindes angerechnet.